



Liste Bürgerbeteiligung und Umweltschutz

Stadt muss aktiv Sozialpolitik gestalten

Die Liste Bürgerbeteiligung und Umweltschutz begrüßt es, dass der Familienpass der Stadt neu gestaltet und vor allem die Einkommensgrenzen erhöht wurden. Mit Besorgnis nahm die LBU-Fraktion zur Kenntnis, dass es im Jahr 2010 in Tuttlingen noch 610 Familienpassinhaber gab und deren Zahl im Jahr 2015 auf nur noch 377 Familien geschrumpft ist. Dass hier eine Erhöhung der Einkommensgrenzen um jährlich 3 % beschlossen wurde, lässt erwarten, dass sich die Zahl wieder auf 450 erhöhen wird. Die LBU ist der Ansicht, dass hier noch nachgesteuert werden muss, wenn sich hier nichts bewegt. Vom verfügbaren Jahresbudget von 140.000 € wurden im letzten Jahr nur knapp 63.000 € abgerufen. Im Gemeinderat ist man sich fraktionsübergreifend einig, dass bei den Bedürftigsten in Tuttlingen, bei denen die gesellschaftliche Teilhabe am wichtigsten ist, nicht gespart werden darf. Insbesondere Bildungseinrichtungen wie die Musikschule, die Jugendkunstschule, die Volkshochschule aber natürlich auch Kindergärten und Kindertagesstätten sollen allen Tuttlinger Familien zugänglich sein. Die Ermäßigung der Beiträge mit dem Familienpass um 40% macht diese gesellschaftliche Partizipation vielen erst möglich. Auch die Jahresabos von TUTicket im öffentlichen Nahverkehr werden um 25% bezuschusst. Die LBU setzte sich nun auch für eine Erhöhung des Gutscheinwertes für den Besuch Veranstaltungen der Tuttlinger Hallen sowie des TUWASS-Hallenbads und des Kinos ein. Diese betragen nun 20 € für das erste und 10 € für jedes weitere Kind.

Einige Zahlen verdeutlichen die soziale Schieflage in Deutschland, die auch für Tuttlingen gilt: So ist unsere Marktwirtschaft nur noch bedingt sozial. Der Anteil von Haushalten mit mittlerem Einkommen ging in den letzten 20 Jahren von 56% auf 48% zurück –trotz aktuellem Beschäftigungsrekord. Noch im Jahr 1970 gehörten dem reichsten Zehntel der Bevölkerung 44% des gesamten Volksvermögens, 2012 waren es bereits 66%. Und 1 % der Bevölkerung verfügt über 35,5 % des Vermögens, den „ärmeren“ 90 % gehören zusammen nur 33,4 % des Vermögens. Da muss auch die Kommunalpolitik gegensteuern, meint die LBU.